

tragfähigen Kompromiss im Rahmen einer Einzelfallbetrachtung zu finden.

49. Abgeordneter
**Stefan
Liebich**
(DIE LINKE.)
- Mit welcher Begründung hat die Bundesrepublik Deutschland bisher bei der deutschen Rüstungsindustrie Waffen und anderes Großgerät in Abhängigkeit vom Angebot der Rüstungsindustrie und nicht in Abhängigkeit vom festgestellten Bedarf gekauft, wie der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Thomas de Maizière, nun zugegeben hat, und welcher finanzielle Schaden ist dabei entstanden (vgl. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 27. Mai 2012, S. 1), „Wir bestellen, was wir brauchen – und nicht das, was uns angeboten wird“, sagte Dr. Thomas de Maizière der FAS und weiter: „Das ist neu, das wird auch zu Konflikten führen, aber das ist so.“)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Christian Schmidt
vom 13. Juni 2012**

Bundesminister Dr. Thomas de Maizière hat im Interview am 26. Mai 2012 mit der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ ausgeführt: „Ja. Ich habe persönlich in die Verteidigungspolitischen Richtlinien hineingeschrieben: Wir bestellen, was wir brauchen – und nicht das, was uns angeboten wird. Das sage ich auch der deutschen Rüstungsindustrie. Das ist neu, das wird auch zu Konflikten führen, aber das ist so.“

Die Formulierung „Das ist neu“ ist vor dem Hintergrund geänderter sicherheitspolitischer Rahmenbedingungen, denen mit der Neuausrichtung der Bundeswehr und der Neufassung der Verteidigungspolitischen Richtlinien Rechnung getragen wird, einzuordnen. Diese stellen die Bundeswehr und ebenso die Rüstungsindustrie gleichermaßen vor neue Herausforderungen.

Die Aufgaben der Bundeswehr sind in Zukunft ebenso unter Berücksichtigung der vorhandenen Haushaltsmittel und der Fähigkeitsprofile unserer NATO-Partner zu planen. All diese neuen und sich permanent ändernden Rahmenbedingungen bilden die Entscheidungsgrundlage für die zukünftigen Bedarfe der Bundeswehr. Die Rüstungsindustrie ist hier nunmehr gefragt, diese neuen Bedarfe auch entsprechend flexibel zu decken. Die Aussage des Bundesministers bezieht sich damit vorrangig auf die zukünftige Zusammenarbeit zwischen Rüstungsindustrie und Bundeswehr und darauf, dass er dies auch gegenüber der deutschen Rüstungsindustrie so klar vertritt.